Erinnerungen

Vor 71 Jahren legten die Berliner BVG-Arbeiter den Verkehr lahm! Erinnerungen von Karl Binder

Horst Bednareck

Vom 3. November bis zum 7. November 1932 legten etwa 15.000 streikende BVGer den gesamten Straßenbahn-, U-Bahn- und Omnibusverkehr in Berlin lahm. Dieser Streik war der Höhepunkt der Streikwelle im Herbst 1932. Der Arbeitskampf der Verkehrsarbeiter, der als Abwehrkampf gegen Lohnkürzungen und Unternehmerwillkür begonnen hatte, führte im Ergebnis bis an die Schwelle des politischen Massenstreiks heran. Er trug wesentlich dazu bei, daß die Papen-Regierung gestürzt wurde.

Ausgangspunkt für den Kampf der BVG-Arbeiter war die Tatsache, daß die BVG in den Jahren 1930 bis 1932 etwa 24 Prozent ihrer Beschäftigten entlassen hatte. Im Gefolge dessen wurde auf mehreren Linien der Verkehr eingestellt. Damit im Zusammenhang wurde in mehreren Schritten das Einkommen der Beschäftigten reduziert. So erhielt ein Schaffner im Oktober 1930, also zu Beginn der Krise, einen Wochenlohn von 56,64 Mark. 1932 erhielt er im Ergebnis von Lohnkürzungen und unbezahlten Ausfalltagen nur noch 44,56 Mark.

Im August 1932 kündigte die BVG-Direktion weitere Lohnkürzungen an, erst von 4 Pfennigen pro Stunde für ungelernte Arbeiter, um dann letztlich bei 2 Pfennigen Kürzung des Stundenlohns zu landen. Während sich die sozialdemokratische Führung und die Leitung der Verkehrsarbeitergewerkschaft mit der Lohnsenkung, mit diesem „Kompromiß“, einverstanden erklärten (siehe „Vorwärts“ 2.11.1932), setzten die Betriebsorganisationen der KPD und der RGO alle ihre Kräfte ein, um die Arbeiter zur Verteidigung ihrer Interessen in den Streikkampf zu führen. Das war unter den Bedingungen, daß von den rund 22.000 bei der BVG Beschäftigten etwa 7.200 freigewerkschaftlich organisiert waren, aber nur 285 KPD-Mitglieder in 31 Betriebszellen und etwa 1200 RGO-Mitglieder auf 40 (von insgesamt 52) BVG-Dienststellen tätig waren, ein gewaltiges Vorhaben. Diese Kräfte nahmen auf zahlreichen Dienststellen gegen die Lohnkürzungen Stellung und mobilisierten die Beschäftigten für den Arbeitskampf. In den BVG-Siedlungen fanden Mieterversammlungen statt, auf denen die Herabsetzung der Wohnungsmieten gefordert wurde.

Für den 2. November 1932 hatten die Gewerkschaften zu einer Urabstimmung beim technischen- und Verkehrspersonal aufgerufen, um über die Annahme der

Lohnsenkung oder Streik zu entscheiden. Mit dem Ergebnis hofften sie, „der RGO das Maul stopfen zu können“, so das Mitglied des Betriebsrates der BVG, Flieger. Aber es kam anders. 21.902 der Stimmberechtigten beteiligten sich an der Abstimmung, 3.385 blieben ihr fern. 14.471, also die überwiegende Mehrheit, stimmten gegen die Lohnsenkung und für den Streik.

Von dieser Entscheidung ausgehend, wurde am Abend des 2. November auf einer Delegiertenkonferenz von Vertretern sämtlicher Bahnhöfe und Dienststellen eine rund 50-köpfige Streikleitung gebildet. Ihr gehörten 5 Mitglieder der KPD, Albert Kayser als Vorsitzender, Adolf Deter, Erich Fox, Kurt Krautter und Otto Schmirgal, an. Nach unterschiedlichen Angaben gehörten zu dieser Leitung 2-4 Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellen Organisation (NSBO), 16 Freigewerkschafter, einige unorganisierte Arbeiter und zwei Frauen von BVG-Angehörigen.

Am 3. November 1932, früh um 4 Uhr begann unter der Losung „Gegen jeden Pfennig Lohnabbau“ der Streik. Was niemand erwartet, noch weniger für möglich gehalten hatte - am Morgen war der gesamte Straßenbahn-, Omnibus- und U-Bahn zum Erliegen gekommen. Hier sei aus der Presse dieser Tage nur ein Stimmungsbericht zitiert: „Wie im Kriege und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit ergoß sich eine Völkerwanderung durch die Straßen. Es regnete dazu in Strömen, und der blanke Asphalt lag streckenweise unter Wasser. Der Berliner wird leicht ungemütlich, wenn man ihm die gewohnte Bequemlichkeit nimmt. Es war das Merkwürdige, daß er den Streik richtig fand, daß er so etwas wie einen passiven Widerstand in ihm sah, dem er sich nicht versagte. Er lief ruhig und ohne zu schimpfen zu Fuß. Eine gewisse Sympathie wuchs zu den Streikenden, und die unter doppelter polizeilicher Bedeckung verkehrenden Bahnen waren leer... Der Lärm, die großen Reden, die riesigen Demonstrationen und die Sensationen der Stadt, das alles ist wie Schaum in sich zusammengesackt. Darunter aber zeigt sich ein zäher Widerstandsgeist, eine verhaltene Erregung, ein wartender Grimm, der gefährlich anmutet... Es wird ein unfreundlicher Winter werden.“

Fünf Tage lang wurde dieser Kampf geführt. Auf der einen Seite erlebten die BVGer eine beispiellose Welle der Solidarität. Ihre Streikposten wurden durch Arbeitslose verstärkt. Gesammeltes Geld und Lebensmittel von Arbeitern, Gewerbetreibenden und kleinen Geschäftsleuten ermöglichten die Unterhaltung von 34 Küchen der Internationalen Arbeiterhilfe, die täglich etwa sechs- bis siebentausend Frühstücks- und Mittagsportionen an Streikende und ihre Familien ausgaben.

Auf der anderen Seite waren sie dem Druck der Direktion, die mit der Entlassung von 10.000 Beschäftigten drohte, und dem brutalen Einsatz der Staatsgewalt ausgesetzt. Allein am 3. November wurden etwa 270 Personen, im Verlaufe des gesamten Streiks etwa 420 Personen verhaftet, darunter über 100 Streikposten. Bei Versuchen, mit Hilfe von Streikbrechern den Verkehr wieder aufzunehmen, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen auch scharf geschossen wurde. Vier Tote, sieben Schwerverletzte und weitere Verletzte waren das Ergebnis des Einsatzes

der Staatsmacht. Unter diesem Druck begann die Streikfront zu bröckeln, am 7. November wurde auf Beschluß der Streikleitung der Streik abgebrochen.
Soweit eine allgemeine Skizze des Streiks der Berliner Verkehrsarbeiter. Dieser Streik hatte aber in jedem Stadtbezirk, in jeder der 50 Dienststellen sein besonderes Gesicht. So auch auf dem Straßenbahnhof Berlin-Köpenick. Hier hat Karl Binder, Mitglied der KPD und der RGO, gewerkschaftlicher Vertrauensmann und Mitglied der Streikleitung, später die Vorgänge und Erfahrungen aus diesem Kampf aufgezeichnet, die wir hier unterbreiten.
Bleiben noch ein paar kurze Antworten auf die Frage: Wer war Karl Binder? Eine Antwort auf diese Frage ist aus zweierlei Gründen notwendig. Hartnäckig und immer wieder, auch in der Gegenwart, wird die Teilnahme von Mitgliedern der Naziorganisationen am Streik als Indiz für eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Nazis gewertet und so die Rolle der KPD und der RGO verfälscht. Historische Tatsache ist, daß es nie eine Gemeinsamkeit von KPD und NSDAP gegeben hat. Die Nazis beteiligten sich zum einen aus wahltaktischen Gründen am Streik. Zum anderen arbeiteten die Nazis mit dem Ziel, ihre NSBO als „Gewerkschaft“ zu offerieren. Hitler selbst hatte bekannt, als ihm der Reichspräsident von Hindenburg schwere Vorwürfe machte: „Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren, das wäre auch kein Vorteil für Deutschland.“[1]
Was bleibt von diesen sogenannten „Gemeinsamkeiten“, wenn man weiß, wie sich die Nazis gerächt haben. Sie hatten nicht vergessen, daß nicht wenige SA-Leute, die sich als Streikposten anbiedern wollten, von den Arbeitern verjagt worden waren, unter anderem auch in Köpenick. Ihre Wahlniederlage vom 6. November 1932, bei der sie 2 Millionen Stimmen verloren, steckte ihnen noch tief in den Knochen. Nicht zuletzt deshalb wurden, nachdem im Januar 1933 die Hitler-Regierung an die Macht geschoben worden war, Albert Kayser und Otto Schmirgal aus der BVG-Streikleitung von den Nazis ermordet. Karl Binder, der als einer der ersten nach dem Streik entlassen worden war, setzte seine politische Arbeit, jetzt unter illegalen Bedingungen, fort. Von 1934 bis 1936 stand er an der Spitze der illegalen Köpenicker KPD-Organisation. Wegen seines Kampfes für die Interessen der Werktätigen wurde er 1937 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und 1943 in die “Strafeinheit 999“ gepresst. Aber auch hier, in Griechenland eingesetzt, und in der Kriegsgefangenschaft setzte er seine antifaschistische Arbeit fort.

1 Zit. Nach: Wolfgang Ruge: Hindenburg – Porträt eines Militaristen, Berlin 1974, S. 340

Karl Binder

Bericht über den Verkehrsarbeiterstreik vom 2. November bis 7. November 1932

Die Wirtschaftskrise, die 1932 ihren Höhepunkt erreichte, erfaßte auch die Berliner Verkehrsbetriebe.

In Köpenick und Oberschöneweide lagen die Großbetriebe MWO, NAG, TRO, Frister, Kabelwerk Vogel u.a. Man hatte Massenentlassungen vorgenommen und teilweise wurde nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet. Die Kurzarbeiter fuhren oft nur morgens zur Arbeit und nachmittags legten sie den Weg von der Arbeitsstelle zur Wohnung zu Fuß zurück.

Viele hatten sich alte Fahrräder zusammengebaut und legten den Weg zur Arbeit mit dem Rad zurück, um das Fahrgeld zu sparen.

Immer mehr Wagen wurden aus dem Verkehr gezogen, da diese nicht genügend besetzt waren, und der Wagenkilometer brachte nicht die Einnahme, die nach Meinung der Aktionäre da sein mußte, um den Betrieb rentabel zu gestalten. So kam es auch bei der BVG zu Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich. Es wurden die sogenannten UO-Tage eingeführt, d.h. es gab Urlaub ohne Bezahlung. Anfangs war es ein UO-Tag, und zuletzt gab es vier UO-Tage im Monat.

Neben dem Lohnabbau durch Notverordnung waren auch vier UO-Tage ein einschneidender Lohnabbau. Trotzdem wurden im Jahr 1932 2000 BVG-Arbeiter entlassen. Auf dem Straßenbahnhof Köpenick in der Wendenschloßstraße hatten wir ab 1930 eine starke Betriebszelle der KPD gebildet, und auch in der RGO waren viele Kollegen organisiert.

Ich selbst war Pol.-Leiter der Betriebszelle und der RGO und freigewerkschaftlicher Vertrauensmann. Da die Zahl der Betriebsräte gesetzlich begrenzt war, konnte nicht auf jeder Dienststelle ein Betriebsratsmitglied tätig sein.

Von der Gewerkschaft war mit der Direktion eine Vereinbarung getroffen worden, daß dort, wo kein Betriebsratsmitglied ist, ein Vertrauensmann der Gewerkschaft, der nur von den organisierten Kollegen gewählt wird, die Interessen der Kollegen vertritt. Während meiner langjährigen Tätigkeit als Funktionär des Verkehrbundes und später des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs und als Vertrauensmann der Kollegen des Bahnhofs Köpenick hatte ich einen großen Einfluß auf die Kollegen.

Durch die Partei erzogen, vertrat ich konsequent die Interessen der Kollegen und hatte mir dadurch eine breite Vertrauensbasis erworben.

Die Betriebszellen und RGO-Gruppe entfalteten große Aktivität. In Versammlungen und Aussprachen wurden die Auseinandersetzungen mit den reformistischen Gewerkschaftsfunktionären und den SPD-Genossen geführt. Ich organisierte Belegschaftsversammlungen, auf denen Genossen der KPD und der SPD sprechen sollten. Die Genossen der SPD erschienen nie, und so wurde in den gut besuchten Versammlungen von unseren Genossen die Politik unserer Partei dargelegt und

erklärt. In vielen persönlichen Gesprächen mit SPD-Genossen wurde erreicht, daß sie sich von der Politik ihrer rechten Führung lossagten. Auf unserer Dienststelle wurde die Einheitsfront-Politik unserer Partei besonders erfolgreich durchgesetzt.
Aber auch die Nazis versuchten, von außen auf unserem Bahnhof Fuß zu fassen, eine Versammlung wurde von ihnen durchgeführt. Ich sorgte dafür, daß der Genosse Albert Kaiser, Betriebsratsmitglied, an der Versammlung teilnahm, und gleichzeitig wurde von den Genossen der Betriebszelle der Besuch der Versammlung organisiert mit dem Ziel, daß wir die Versammlungsleitung übernehmen. Die Versammlung war auch überfüllt, doch der Redner der Nazis erschien nicht pünktlich, so daß ich mit Zustimmung der Kollegen die Leitung der Versammlung übernahm. Der Genosse Kaiser konnte so vor einem breiten Kreis von Kollegen die Politik der Partei entwickeln und auch die Kollegen für den bevorstehenden Kampf gegen den Lohnabbau mobilisieren und die Nazis entlarven. Wir gestatteten dem Redner der Nazis nur, einige Fragen zu stellen, und unter dem Beifall der Kollegen schloß ich die Versammlung mit dem Gesang der Internationale.
Die politische Arbeit der Genossen der Betriebszelle und meine Tätigkeit als Vertrauensmann trug dazu bei, daß in der Belegschaft eine gute Kampfstimmung entwickelt wurde.
Meine politische Arbeit paßte den reformistischen Gewerkschaftsfunktionären und ihren Betriebsräten nicht, und eines Tages wurde mir durch den Dienststellenleiter mitgeteilt, daß ich als Vertrauensmann abgesetzt sei. Ich setzte mich sofort mit dem Betriebsratsvorsitzenden und mit der Gewerkschaft telefonisch in Verbindung und erklärte ihnen die Situation. Mir wurde erklärt, man könne nichts dagegen tun, da die Direktion mit meiner politischen Tätigkeit nicht einverstanden sei und verlange, daß ein anderer Vertrauensmann gewählt werde. Alle Kollegen waren gegen meine Ablösung und verlangten eine Belegschaftsversammlung.
Bemerken möchte ich noch, daß die meisten Kollegen gewerkschaftlich organisiert waren. Diese Versammlung wurde dann von der Gewerkschaft angesetzt, aber nur für gewerkschaftlich organisierte Kollegen.
In dieser Versammlung kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Kollegen und den Gewerkschaftsbürokraten. Die Kollegen verlangten meine Wiedereinsetzung als Vertrauensmann. Von der Gewerkschaftsführung wurde das abgelehnt, weil angeblich die Direktion sich die Kollegen nicht aufwiegeln läßt und in meinem Fall von ihrer Vereinbarung mit der Gewerkschaft zurückgetreten ist. Nebenbei bemerkt, der Personaldirektor war Brolat (SPD).
Die Kollegen wollten die Gewerkschaftsbücher auf den Tisch werfen und aus der Gewerkschaft austreten. Wir Genossen traten dagegen auf und erklärten, daß wir den Kampf für die Rechte der Mitglieder führen müssen. Da kein anderer Kollege als Vertrauensmann vorgeschlagen wurde, erklärten die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, daß dann der Bahnhof Köpenick keinen Vertrauensmann erhält oder die Gewerkschaft einen Kollegen bestimmt. So brachte die erste Versammlung kein

Ergebnis. Auf Drängen der Kollegen wurde eine zweite Versammlung einberufen. Da erschienen wieder zwei hauptamtliche Funktionäre und der Betriebsratsvorsitzende. Wieder wurde verlangt, daß ein neuer Vorschlag gemacht werde. Die Kollegen lehnten ab und schlugen mich als Vertrauensmann vor. Nach stürmischen Auseinandersetzungen flog die Versammlung auf, ohne daß es zu einer Einigung kam. Diese Auseinandersetzungen trugen dazu bei, daß die Kampfstimmung bei den Kollegen immer mehr stieg.

Hinzu kam noch, daß von Seiten der Direktion der [Lohn] um 2 Pfennige die Stunde gekürzt werden sollte.

Die Betriebszelle und die RGO-Gruppe taten unter meiner Leitung alles, um die Kollegen in den Kampf gegen den Lohnabbau zu führen.

Ende Oktober fand im Sportpalast eine Kundgebung der Partei statt, auf der Ernst Thälmann, der am gleichen Tag aus Paris zurückgekehrt war, sprechen sollte. Ernst Thälmann war illegal nach Paris gefahren und hatte dort auf einer Kundgebung zu den Pariser Arbeitern gesprochen. Wir wollten „Teddy", der schon mehrmals zu uns BVG-Arbeitern gesprochen hatte, gebührend empfangen und organisierten den Besuch der Sportpalastveranstaltung. Der Sportpalast war überfüllt, als über 500 BVG-Arbeiter in Uniform einmarschierten, auch unsere Dienststelle war sehr stark vertreten. Ein Begeisterungssturm der Berliner Arbeiter empfing uns und trug mit dazu bei, den Kampfeswillen bei den BVG-Arbeitern zu heben. Am l. November 1932 fanden zwei Funktionärsversammlungen statt, in denen über Ablehnung der zwei Pfennige Lohnabbau und Streik oder Annahme des Lohnabbaus entschieden werden sollte.

Die eine Funktionärsversammlung war von den revolutionären Ratsmitgliedern und der RGO einberufen und tagte meines Wissens in den Musikerfestsälen. Die andere Funktionärsversammlung tagte im Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße und war von der Gewerkschaftsführung einberufen worden. Obwohl ich als Vertrauensmann abgesetzt war, war ich noch Funktionär der Gewerkschaft und hatte für diese Versammlung eine Einladung.

Es war bekannt, daß sich die reformistische Gewerkschaftsführung und ihre Betriebsräte der BVG gegen den Streik ausgesprochen hatten und diesen Beschluß in ihrer Funktionärsversammlung durchsetzen wollten. Es war aber auch sicher, daß sie damit durchkommen würden. Ich wußte aber, daß die Kollegen den Streik wollten, und ging deshalb zu der Funktionärsversammlung der RGO. Zu dieser Versammlung nahm ich auch einen SPD-Genossen mit, der in den letzten Wochen mit uns Kommunisten gemeinsame Sache gemacht hatte und besonders gegen meine Absetzung als Vertrauensmann war.

Einige Gewerkschaftsfunktionäre unseres Bahnhofes, die die Politik der rechten Gewerkschaftsführer unterstützten, besuchten die Versammlung in der Johannisstraße und waren gegen den Streik. In der Funktionärsversammlung der revolutionären Betriebsräte und der RGO wurde nach einem Referat und der

Darstellung der Situation nach lebhafter Diskussion, bei der sich alle Diskussionsredner für den Streik aussprachen, der Streik beschlossen. Unter den Funktionären herrschte eine gute Kampfstimmung, und alle waren davon überzeugt, daß am nächsten Tag der Streik beginnt, obwohl bekannt war, daß die Funktionäre der Gewerkschaft den Streik abgelehnt hatten. Ich fuhr mit dem SPD-Genossen nach Hause und besprach mit ihm den Plan, wie wir unseren Bahnhof stillegen und die Kollegen in den Kampf führen können. Er wurde wieder kleinmütig und war nicht davon überzeugt, daß alle Kollegen gegen den Willen der Gewerkschaften streiken werden und daß man damit rechnen muß, daß bei nicht einheitlicher Streikführung es gar zu einer Stillegung des Verkehrs kommt und die Direktion die Gelegenheit benutzt, die besten Kräfte auf die Straße zu werfen, da zuviel Personal vorhanden ist. Ich konnte seine Bedenken nicht zerstreuen und ihn nicht davon überzeugen, daß die Verkehrsarbeiter streiken wollen. So trennten wir uns in Köpenick, er fuhr nach Hause, um zu schlafen, und ich fuhr zur Unterbezirksleitung der KPD nach der Müggelheimer Straße in Köpenick, um mit Hilfe der Partei die Verwirklichung des von mir gefaßten Beschlusses zu organisieren.

In der Unterbezirksleitung wurde festgelegt, daß die Genossen, die in der Nähe des Straßenbahnhofs wohnten, sofort mobilisiert werden, damit sie morgens um 4.00 Uhr, wenn der erste Wagen fahren sollte, zur Unterstützung vor dem Bahnhof sind.

Ferner wurde festgelegt, daß sofort Streikplakate gemalt werden. Ich ging dann zum Bahnhof, um alle Genossen, die mit dem Wagen einrückten, zu veranlassen, daß sie auf dem Bahnhof blieben und mit den Kollegen diskutierten. Mit dem Wirt unseres Versammlungslokals, das dem Bahnhof gegenüber lag, vereinbarte ich, daß er sein Lokal nicht die Nacht schloß und wir am nächsten Tag um 9.00 Uhr unsere Belegschaftsversammlung durchführen konnten, um eine Streikleitung zu wählen.

Dann stellte ich fest, welche Kollegen die ersten Wagen vom Hof fahren, und dabei beachtete ich besonders die Fahrer, denn ohne sie konnte kein Wagen den Hof verlassen. Organisiert wurde dann auch von mir die Diskussion mit den Schlossern und Wagenwäschern, um auch die Wagenhallen stillzulegen.

Ich hatte festgestellt, daß der Fahrer des ersten Wagens ein alter, langjährig organisierter Kollege war und daß viel davon abhing, wie er sich verhalten wird. Als der Kollege kam, setzte ich ihn sofort von unserem Streikbeschluß in Kenntnis. Der Kollege brachte zum Ausdruck, daß er zu mir Vertrauen hat und deshalb den Streik unterstützt. So wurde mit allen Kollegen gesprochen, und es wurde erreicht, daß kein Wagen vom Hof fuhr. Auch die Schlosser und Wagenwäscher legten die Arbeit nieder und begaben sich in unser Streiklokal, wo die Genossen der Betriebszelle und des Wohngebiets mit ihnen diskutierten. Ich veranlaßte dann, daß die Hoftore geschlossen wurden, Streikposten davor standen und niemand den Hof betreten konnte.

Für die Polizei und die Direktion kam der Streik völlig überraschend, denn man hatte nicht daran geglaubt, daß es uns Kommunisten gelingen würde, den gesamten Berliner Verkehr stillzulegen.

In unserer ersten Streikversammlung herrschte eine Kampfstimmung, spürten die Kollegen doch die Sympathie der Arbeiter der Betriebe und die Unterstützung der KPD. Von der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe setzten sofort die Solidaritätsaktionen ein. Es wurden Küchen eröffnet, die für die Streikenden und ihre Angehörige Mittagessen kochten, und von diesen Organisationen wurden Sammelaktionen für Lebensmittel organisiert und dabei besonders Geschäftsleute angesprochen.

Vor der ersten Streikversammlung hatte ich noch den SPD-Genossen mit einem Motorrad aus seiner Wohnung geholt, und er war erstaunt, daß es uns gelungen war, die gesamte Belegschaft so einmütig in den Kampf zu führen. Jetzt erfaßte auch ihn die Begeisterung, und er half als Mitglied der Streikleitung tüchtig mit, den Streik zu führen.

In der Streikleitung waren Genossen der KPD, SPD und auch Parteilose, so daß eine einheitliche Führung des Streiks gewährleistet war. Ich wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Streikleitung gewählt und in die zentrale Leitung delegiert. Am Nachmittag des ersten Streiktages fand eine Sitzung der zentralen Streikleitung mit allen Mitgliedern der Streikleitungen der einzelnen Dienststellen der BVG statt. Ich kann heute nicht mehr sagen, in welchem Lokal, aber ich glaube in der Frankfurter Allee. Ein Polizeioffizier überwachte die Versammlung. Hier erfuhren wir auch, daß der Streik der Verkehrsarbeiter einmütig durchgeführt wurde. Das war die einzige Versammlung, die die zentrale Streikleitung durchführte. Die nächsten Tage tagten wir nur noch illegal. Als die Gewerkschaftsbürokratie sah, daß sie den Streik nicht verhindern konnte, wurde am zweiten oder dritten Streiktag eine Funktionärskonferenz in das Gewerkschaftshaus am Engelufer einberufen. Auf dieser Versammlung, auf der ich anwesend war, wurde beschlossen, den Streik zu sanktionieren, aber wie sich zeigte, nur mit dem Ziel, sich an Spitze der Streikenden zu stellen und die geschlossene Streikfront zu spalten.

Die Versammlungsleitung hatte ihre Erfahrungen und ließ nicht zu, daß ein oppositioneller Gewerkschaftsfunktionär sprach. Beschlossen wurde auch auf dieser Sitzung, auf jeder Dienststelle eine Streikleitung nur aus gewerkschaftlich organisierten Kollegen zu bilden. Auch auf dem Bahnhof Köpenick versuchten einige Funktionäre der Gewerkschaft, eine zweite Streikleitung zu bilden. In einer Belegschaftsversammlung berichtete ich den Kollegen über den Beschluß der Gewerkschaftsfunktionäre und was die Spalter auch auf unserem Bahnhof vorhaben. Diese Funktionäre hatten auch ein Lokal festgemacht, in dem die gewerkschaftlich organisierten Kollegen zusammenkommen sollten, um eine zweite Streikleitung zu wählen. Unsere Streikleitung erhielt von den Kollegen, auch von den gewerkschaftlich organisierten, den Auftrag, mit diesen Funktionären zu verhandeln und

ihnen klarzumachen, daß sie ihre verräterische Tätigkeit einstellen. Eine Beteiligung an der Versammlung der Spalter wurde einmütig abgelehnt.
Die Verhandlungen wurden zwar geführt, aber da die Spalter keine Basis bei den Kollegen hatten, kam es auf unserem Bahnhof nicht zur Bildung einer zweiten Streikleitung.
Jetzt setzte auch der verstärkte Terror der Polizei gegen die Streikenden ein. Auf der dritten Versammlung, die die Streikleitung durchführte und auf der ich den Bericht über die Streiklage gab, versuchte die Polizei, mich zu verhaften, was jedoch durch die Kollegen verhindert wurde. Ich lebte von dieser Zeit an illegal und konnte mein Motorrad nicht benutzen, da die Nummer der Polizei bekannt war und man nach mir fahndete. Auch die gesamte zentrale Leitung lebte illegal. Trotzdem fand jeden Tag unsere Sitzung statt, ohne daß es der Polizei gelang, uns zu verhaften. Der Terror der Polizei verschärfte sich immer mehr, Streikposten wurden verhaftet. Alle Straßen, die zum Bahnhof führten, wurden von der Polizei abgeriegelt, und nur wer von den Kollegen erklärte, er sei gewillt, die Arbeit wiederaufzunehmen und Streikbrecherdienste zu leisten, konnte zum Bahnhof gelangen.
Die Direktion versuchte mit Unterstützung der Polizei, einige Streikbrecher dazu zu bewegen, mit einem Wagen den Hof zu verlassen. doch der Wagen kam nicht weit. Die Solidarität der Arbeiter, aber auch der Erwerbslosen und Kleingewerbetreibenden war so groß, daß der Wagen wieder mit zertrümmerten Scheiben eingezogen werden mußte.
Es wurden regelrechte Barrikaden aus Müllkästen gebaut, und der Streik entwickelte sich von einem Kampf gegen 2 Pfennige Lohnabbau zur Verteidigung der in den letzten Jahren erkämpften sozialen Errungenschaften bis an die Schwelle des politischen Massenstreiks. Von der Partei und der RGO wurde versucht, den Streik auf die Müllabfuhr, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter auszudehnen. Die Gewerkschaftsbürokratie versuchte, dies mit allen Mitteln Zu verhindern. Ich sprach in einer Belegschaftsversammlung der Müllabfuhr auf dem Hof Köpenick und erreichte, daß die Kollegen geschlossen in den Streik traten. Ob auch in den anderen Stadtteilen die Müllabfuhr streikte, ist mir nicht mehr in Erinnerung. Am vierten Streiktag wurde von der reformistischen Gewerkschaftsführung der Beschluß gefaßt, den Streik zu beenden.
Die Empörung war bei den Kollegen groß, und auf unserer Dienststelle waren die meisten Kollegen bereit, weiter zu streiken.
22000 Verkehrsarbeiter streikten in Berlin ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
Mit uns sympathisierten die Betriebsbelegschaften, die Erwerbslosen, die Angestellten und Kleingewerbetreibenden, die uns auch aktiv unterstützt haben. Eine breite Welle der Solidarität mit unserem Kampf konnten wir überall spüren. Gegen uns stand die Papen-Schleicher-Diktatur mit ihrer BVG-Direktion, ihrem Staatsapparat, ihrer Polizei, ihrer Justiz, ihrem Schlichtungswesen, ihrer Presse,

gestützt auf die sozialdemokratische und die ADGB-Bürokratie wie auf die Hilfe der NSDAP und NSBO-Führung. Diesem Druck hielten auf einigen Dienststellen ein Teil der Kollegen nicht stand, und die Streikfront drohte zu zerbröckeln. Am fünften Streiktag beschlossen wir dann als illegale Streikleitung, den Streik zu beenden.

Ungeschlagen, aber auch ungebrochen trotz Maßregelung der aktiven Genossen und Kollegen wurde die Arbeit am 8. November 1932 wieder aufgenommen.

Ich selbst hatte als erster schon am zweiten Streiktag meine Papiere bekommen. Wir Straßenbahner auf dem Bahnhof Köpenick waren stolz darauf, daß wir einheitlich und geschlossen den Kampf begonnen und auch beendet haben.

In den Straßen Köpenicks war während der fünf Streiktage kein Wagen gefahren.

Dieser Kampf hatte uns aber auch gestählt und politisch reifer gemacht. In den Jahren des Faschismus haben viele Genossen und Kollegen des Bahnhofs Köpenick mutig und entschlossen den illegalen Kampf gegen Faschismus und Krieg geführt.

Genossen, die aktiv den Streik geführt haben, hatten auch verantwortliche Funktionen in der illegalen Organisation der Partei im Bezirk Köpenick und darüber hinaus, nicht wenige sind für ihre illegale Arbeit zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Erzogen von der Partei, gestählt im Kampf, haben diese Genossen sich zu wertvollen Kadern der Partei entwickelt und nach der Befreiung durch die Rote Armee aktiv beim Aufbau. einer besseren Gesellschaftsordnung mitgeholfen.

[Gez.] Karl Binder, Berlin-Köpenick 1967

Quelle: Bund der Antifaschisten Köpenick e.V. Archiv